

# FLÜCHTLINGSRAT BERLIN e.V.

Menschenrechte kennen keine Grenzen

Georgenkirchstraße 69/70  
10249 Berlin

Tel.: (030) 24344 - 5762

Fax: (030) 24344 - 5763

[buero@fluechtlingsrat-berlin.de](mailto:buero@fluechtlingsrat-berlin.de)

[www.fluechtlingsrat-berlin.de](http://www.fluechtlingsrat-berlin.de)

## **Bericht über die Arbeit des Flüchtlingsrates Berlin e.V. 2007**

### **Einführung**

„Bleiberechtsregelung der Innenminister, Änderung des Zuwanderungsgesetzes, gesetzliche Altfallregelung, Innenministerkonferenzen in Berlin“ – das waren die Schlagwörter, die die Arbeit des Flüchtlingsrates 2007 bestimmten.

Bereits zu Jahresbeginn galt es, Präsenz vor dem Hause des Innensenators Dr. Ehrhart Körting zu zeigen, als dieser vom damaligen bayerischen Innenminister Günter Beckstein den Vorsitz der Innenministerkonferenz übernahm. 2007 war das dritte Jahr der Kampagne „Hier geblieben!“, die gemeinsam mit dem GRIPS Theater, unterstützt durch PRO ASYL, dem Migrationsbeauftragten der Landeskirche (EKBO) und den Wohlfahrtsverbänden fortgesetzt wurde.

Auf der politischen Ebene versuchte der Flüchtlingsrat u.a. durch regelmäßige Kontakte mit den Senatsverwaltungen für Inneres und Sport sowie Integration, Arbeit und Soziales, Verbesserungen für die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen zu erreichen. Auf der fachlichen Ebene informierte der Flüchtlingsrat auf gesonderten Veranstaltungen über die Inhalte der Bleiberechtsregelung und organisierte (6) zweitägige Fortbildungen, die wieder gut besucht oder gar ausgebucht waren.

Der Flüchtlingsrat gab regelmäßig Presseerklärungen über aktuelle Entwicklungen in der Flüchtlingspolitik heraus, die über seine Homepage abrufbar sind. Auf dieser finden sich auch fachliche Infos zu relevanten ausländer- und sozialrechtlichen Themen, auf die bundesweit zurückgegriffen wurde.

### **Thematische Schwerpunkte**

#### **Abschiebungshaft vermeiden**

Der Flüchtlingsrat Berlin setzt sich prinzipiell für die Abschaffung der Abschiebungshaft ein, die er als unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte der Betroffenen bewertet. Bis zur Erreichung dieses Ziels engagiert sich der Flüchtlingsrat gemeinsam mit dem Jesuiten-Flüchtlingsdienst, den Kirchen und Wohlfahrtsverbänden für eine größtmögliche Haftvermeidung sowie eine Verbesserung der Haftbedingungen.

Im November wurde ein Polizeisanitäter des Abschiebungsgewahrsams wegen Körperverletzung im Amt durch unterlassenen Hilfeleistung strafrechtlich verurteilt. Dieser hatte Ende Mai 2005 bei einem algerischen Flüchtlinge im Abschiebungsgewahrsam einen Herzinfarkt zu spät erkannt bzw. Hilfsmaßnahmen – trotz ernsthafter Beschwerden des Betroffenen - zu spät eingeleitet. Für den Flüchtlingsrat war dies der Anlass um zum wiederholten Mal auf die Notwendigkeit einer von der Polizei unabhängigen medizinischen Versorgung im Abschiebungsgewahrsam hinzuweisen.

#### **Soziale Rechte erstreiten**

Anfang des Jahres schaffte mit Berlin – Spandau der letzte Bezirk die Chipkarten als Versorgungsmittel für geduldete Flüchtlinge ab. Damit erhalten alle Betroffenen in Berlin Bargeld.

Andererseits entstand in der Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Spandau ein faktisches Ausreisezentrum für geduldete Flüchtlinge. Diese wurden von einigen Sozialämtern in diese Unterkunft eingewiesen, weil sie aus Sicht der Behörden u.a. zu wenig bei der Passbeschaffung und damit bei der Durchsetzung ihrer Ausreisepflicht mitwirkten. Das Leben im Wohnheim wird durch schwierige soziale Bedingungen( Vollverpflegung, keine Barleistungen, Isolation) geprägt. Der Flüchtlingsrat unterstützte eine Arbeitsgruppe, die betroffene Flüchtlinge über ihre Rechte informierte und führte Gespräche mit politisch Verantwortlichen wie der Sozialsenatorin und der Bürgermeisterin des Bezirkes Marzahn-Hellersdorf, von dem relativ viele Flüchtlinge in das faktische Ausreisezentrum eingewiesen wurden. Auf Landesebene muss weiter nach einer politischen Lösung gesucht werden.

### **Bleiberecht einfordern – Hier geblieben!**

[www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

Mit dem Beschluss der Innenministerkonferenz vom November 2006 zu einer Bleiberechtsregelung verlagerte sich der Schwerpunkt der Kampagne „Hier geblieben!“ auf die kritische Begleitung der Umsetzung dieser Regelung. Diese wurde mit der Aktion aus Anlass von 100 Tagen Bleiberecht „Flüchtlinge werden sitzen gelassen“ durch das Aufstellen von 100 Stühlen vor dem Brandenburger Tor deutlich gemacht. Der Flüchtlingsrat unterstützte „Jugendliche ohne Grenzen“ bei der Organisation von Aktionstagen aus Anlass der Innenministerkonferenzen in Berlin. Zeitweilig konnte ein Büro der jungen Flüchtlinge eingerichtet werden. Von dort aus wurden Aktionen wie die Demonstrationen, Kunstaktionen oder Veranstaltungen wie die „Nacht des Bleiberechts“ (Ende Mai) koordiniert. Im Dezember wurde der Innenminister Niedersachsens Uwe Schünemann mit der „Goldene Rute“ als „Abschiebeminister 2007“ ausgezeichnet. Dieser Preis wurde am Rande der Demonstration am Nikolaustag, die mit Hilfe von „Knecht Rupprecht“ statt fand, übergeben.

### **Härtefälle schützen**

Im Januar wurde von Seiten des Flüchtlingsrates eine zwiespältige Bilanz der Arbeit der Härtefallkommission im Jahr 2006 gezogen. Bei 403 beratenen Fällen wurden 273 Ersuchen gestellt, von denen 157 durch den Innensenator bestätigt wurden (1 Fall betrifft mehrere Personen). Damit wurden bundesweit sicher die meisten Aufenthaltserlaubnisse erteilt, allerdings stieg die Ablehnungsquote des Innensensors von 36% im Vorjahr (2005) auf 42% (116 Fälle, die abgelehnt wurden). Der Flüchtlingsrat forderte, dass künftig mehr humanitären Gründen Beachtung geschenkt werden sollte. Er unterstützte weiter gemeinsam die mit pax christi und Asyl in der Kirche getragene Beratungsstelle für potentielle Härtefälle, gefördert durch die Stiftung UNO-Flüchtlingshilfe und Aktion Mensch/ Die Gesellschafter.

### **Medizinische Versorgung gewährleisten**

Der Flüchtlingsrat setzte die enge Zusammenarbeit mit dem Büro für Medizinische Flüchtlingshilfe fort. Die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere wurde im neuen Integrationskonzept des Senates als Problem erkannt. Die Einrichtung eines „Gesundheits“ - Fonds kann nur ein erster Schritt sein. Die Einforderung von Rechten von Menschen ohne Papiere wird im kommenden Jahr – auch aus Anlass des 60. Jahrestages der Verkündung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – ein Arbeitsschwerpunkt des Flüchtlingsrates sein.

### **Nothilfe leisten**

2007 wandten sich monatlich ca. 10-20 Flüchtlinge an den Flüchtlingsrat, um aus Mitteln des Nothilfefonds eine schnelle und unbürokratische Unterstützung zu erhalten. Dies war dank der Spenden einzelner Förderer und des Fördervereines "Freundeskreis Flüchtlingsrat Berlin", die Unterstützung durch das Berliner Missionswerk und die Gossner Mission möglich. Ohne die Kollektensammlung durch die Kirchengemeinden der Landeskirche (EKBO) wäre die Finanzierung des Nothilfefonds nicht denkbar.